

## 25 Quadratmeter genug?

# "Hartz IV" wird noch enger

VON KARL DOEMENS



Hartz IV (Bild: dpa)

Berlin. Das Sozialministerium erhofft sich "mehr Transparenz und Rechtssicherheit", die Opposition und die Gewerkschaften fürchten soziale Einschnitte und eine Ghettobildung in den Städten: Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die Kommunen künftig regionale Grenzwerte oder Pauschalen für Unterkunfts- und Heizkosten von Hartz-IV-Beziehern festlegen können.

Ein zwölfseitiger Regelungsvorschlag aus dem Hause von Ministerin Ursula von der Leyen (CDU), der der Frankfurter Rundschau vorliegt, sieht vor, dass Städte und Kreise per Satzung bestimmen, "welche Wohnfläche entsprechend der Struktur des örtlichen Wohnungsmarktes als angemessen anerkannt wird und in welcher Höhe Aufwendungen für die Unterkunft als angemessen anerkannt werden". Dabei sollen sich die Kommunen am "unteren Standard" des örtlichen Wohnungsmarkts orientieren. Sonderregelungen etwa für Behinderte sind vorgesehen. Bislang sichert das Sozialgesetzbuch Hilfeempfängern Leistungen für Unterkunft und Heizung "in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen" zu, schränkt jedoch ausdrücklich ein: "soweit diese angemessen sind". Dies berge "vielfältige Probleme", urteilt das Ministerium in seiner Vorlage. Tatsächlich hat die Bestimmung zu einer Vielzahl an Gerichtsverfahren geführt. Künftig, so ein Ministeriumssprecher, werde es bei einem "Gros der Fälle keine Einzelfallprüfung" mehr geben. Das führe zu erheblichen Einsparungen in der Verwaltung.

Während der Deutsche Städtetag den Vorschlag "diskussionswürdig" nennt, schlagen Grüne, SPD und DGB Alarm. "Das wird einen Wettlauf nach unten und Verdrängungseffekte zwischen den Städten auslösen", sagte Grünen-Experte Markus Kurth der FR. Anders als das Ministerium befürchtet er durch die Pauschalierung "eine Welle von Klagen vor den Sozialgerichten". Auch SPD-Sozialexpertin Anette Kramme fürchtet, dass die klammen Kommunen "auf Kosten der Hartz-IV-Empfänger sparen".

"Angesichts des Finanzierungsdrucks der Kommunen werden gerade in Regionen mit hohen Anteilen von Hilfeempfängern und Niedriglöhnern die Mietkosten eher zu niedrig angesetzt", warnt auch DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Er sieht "negative soziale und wohnungspolitische Folgen, wenn noch mehr Menschen in nicht attraktive Wohngebiete ziehen müssen". Dies fördere die "Ghettobildung". Freilich haben viele Kritiker den konkreten Gesetzestext noch nicht eingehend studieren können. Das Ministerium weist die Vorwürfe zurück: "Das geht nicht nach Kassenlage." In dem Entwurf werde ausdrücklich verlangt, dass sich die Kommunen am Mietpiegel orientieren und die Methodik ihrer Datenerhebung offenlegen müssen.

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Gefällt mir

347 Personen gefällt das. Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt.

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 23.07.2010 um 13:36:55 Uhr

Letzte Änderung am 23.07.2010 um 19:29:38 Uhr

Erscheinungsdatum 23.07.2010

URL: [http://www.fr-online.de/top\\_news/?em\\_cnt=2878848&em\\_loc=2091](http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=2878848&em_loc=2091)